

Halten der Apotheken wieder zu beschränken. Es scheint denn doch, daß man dort ungünstige Erfahrungen gemacht haben müsse. Was die bei der Berathung in der I. Kammer hinzugekommenen Beschränkungen rücksichtlich des Buchhandels und des Branntweimbrennens betrifft, so hat die Staatsregierung zu erwarten, was die geehrte Kammer in dieser Beziehung beschließt. Erhebliche Bedenken scheinen in dieser Hinsicht nicht vorzuwalten. Auch der Kleinhandel und Ausschnitthandel soll den Juden nach der dortigen Beschlußnahme nicht gestattet sein. Wenn sich schon dafür allerdings Einiges mit Grund anführen läßt, so hat es bei fernerer Erwägung der Regierung geschienen, als sei diese Beschränkung durch den Zweck des Gesetzes nicht unbedingt geboten.

Präsident: Es haben sich noch mehrere Abgeordnete um das Wort gemeldet, so daß ich gedenken muß, daß ich die jetzige Berathung gleichsam als eine allgemeine über die 6. §. ansehe, und daß ich über die einzelnen Punkte, wie auch die Deputation vorgeschlagen hat, einzeln abstimmen lassen werde. Wenn also die Mitglieder, die noch zu sprechen wünschen, darauf Rücksicht nehmen und bloß über die Paragrahe im Allgemeinen sprechen wollen, so bemerke ich, daß ihnen die Diskussion über die einzelnen Punkte nicht abgeschnitten ist, und ich nicht über die ganzen einzelnen Abtheilungen zugleich die Diskussion schließen werde, sondern die Frage sowohl auf die einzelnen Abtheilungen als auf die Paragrahe selbst stellen werde.

Abg. v. Dieskau: Ich habe mich für völlige staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden erklärt und dafür ausgesprochen, daß den Juden gleich den christlichen Einwohnern Sachsens das Recht verstattet werde, irgend ein Gewerbe an irgend einem Orte nach freier Wahl und ohne die beabsichtigten Beschränkungen zu betreiben. Ich glaube auch diese Erklärung, welche aus der innigsten Ueberzeugung von der Richtigkeit und Nothwendigkeit der Emanzipation der Juden und deren völliger bürgerlicher Gleichstellung geflossen ist, verantworten zu können. Sehe ich aber auf vorliegende Paragrahe, so bemerke ich in derselben mehrere Beschränkungen, und sehe ich auf das Deputations-Gutachten, so erblicke ich darin noch mehrere Beschränkungen, als in der Paragrahe des Gesetzentwurfs angedeutet worden sind. Die Deputation mag mir daher erlauben zu behaupten, daß sie weniger liberal gewesen sei, als die Staatsregierung selbst. Unlangend aber die Beschränkungen selbst, so wird nach der Erklärung, welche ich abgegeben habe, wohl anzunehmen sein, daß ich keiner derselben beistimmen kann, daß ich mich vielmehr für völlige Zulassung der Juden zu den Gewerben, sowie deren Verhältnisse jetzt bestehen, erkläre. Was das Verbot des Haltens von Apotheken betrifft, so werde ich mir später erlauben, da Seiten des Direktoriums eine besondere Diskussion über die einzelnen Beschränkungen vorbehalten worden ist, meine Ansichten darüber noch besonders auszusprechen, und wiederhole nur die Erklärung, daß ich mit allen den Beschränkungen, welche sowohl in dieser Paragrahe, als im Deputations-Gutachten enthalten sind, nicht übereinstimmen kann.

Abg. v. Leyßer: Ich kann mich auch nicht anders erklä-

ren, als gegen die Beschränkungen, namentlich die von der I. Kammer ausgegangen sind. In materieller Hinsicht hat man den Juden allerdings einigen Spielraum mehr gegeben, um ihr Leben durchzubringen und das Nöthige zu gewinnen, obgleich, wenn sie sich einem Gewerbe hingeben wollen, sie dennoch sehr beschränkt worden sind. Aber in geistiger Hinsicht ist ihnen fast Alles abgeschnitten worden, und dennoch sagen wir: es ist nothwendig, daß die Juden einen höhern Grad von Civilisation erlangen und die moralischen Gefühle zur Tendenz der Christen zu erheben. Ich für meine Person kann die Juden nicht so tief herabsehen, als Manche thun zu können glauben, denn zu viele Beweise sprechen dagegen, u. zwar Beweise, die durch vorliegende Thatsachen, durch die Listen der Sträflinge in den Zuchthäusern, unter denen sich kaum ein Jude befinden dürfte, sich erweisen lassen. Allein wenn wir den Gesetzentwurf und das, was die I. Kammer vorträgt, annehmen, so geben wir ihnen so wenig, daß man es kaum eine Art von Emanzipation nennen kann; denn das Meiste, was ihnen nach diesen Beschlüssen verstattet wird, ist ihnen bereits jetzt schon theilweise gestattet gewesen, und dem können sich doch sofort die Allerwenigsten hingeben. Der Großhandel, Expeditions-geschäfte und dergleichen können nur von solchen, die viel pekuniäre Mittel haben, betrieben werden, allein es handelt sich hier hauptsächlich um die Aermern, die aber durch ihre geistigen Gaben und Fähigkeiten sich eine bessere Existenz würden verschaffen können, wenn ihnen die Wege dazu offen ständen. Daher kann ich hier nur der Kammer empfehlen, daß wir hier von freisinnigen Ansichten ausgehen und ihnen den Kreis der Wirksamkeit besonders auch in geistiger Hinsicht nicht zu enge bezeichnen. In dem, was z. B. von den Apotheken gesagt worden ist, scheint mir ein Widerspruch zu liegen, denn einerseits können und dürfen bereits bisher Juden als praktische Aerzte wirken, und selbst als homöopathische, wo sie bekanntlich die Arzneimittel selbst zusammensetzen, und andererseits will man sie dennoch die Apothekergeschäfte nicht betreiben lassen. Das sind die Ursachen, welche mich bestimmen, mich in allem Diesem für eine bisher so unterdrückte Menschenklasse, die Nichts verbrochen hat, um diesen Druck zu rechtfertigen, zu erklären, und ich werde da, wo meine Pflicht für Gerechtigkeit es heischt und kein wirklicher Nachtheil den andern Staatsbürgern daraus erwächst, stets für die Verbesserung ihrer bürgerlichen Verhältnisse stimmen.

Abg. Meisel: Nach der Erklärung des Hrn. Präsidenten erlaube ich mir nur vorläufig ein paar Worte zu sagen. Ich habe das zwar schon wiederholt geäußert, indessen muß ich auch hier für die Beschränkungen stimmen. Denn es ist angeführt worden, es solle ja nur ein Versuch sein; das ist ganz gut, wenn aber der Versuch mißlingt, so sind es die Städte Dresden und Leipzig, die dies zu entgelten haben. Das ist also der Grund, warum ich mich genöthigt sehe, mich für die Beschränkungen zu erklären. Ich würde gern noch weniger Beschränkungen, als im Gesetze enthalten sind, annehmen, wenn nicht eine Frage erst zur Abstimmung gekommen und entschieden worden wäre, die auf das Schicksal von Dresden und Leipzig influiren muß.

Abg. v. Thielau: Ich kann über diese Paragrahe